

## Worauf es ankommt

Die Generalversammlung der Sektion Zürich, Städtische Arbeiter und Angestellte, hat am vorletzten Mittwoch beschlossen, den Gegenvorschlag sämtlicher Personalverbände der Zürcher Stadtverwaltung zur Lohnabbauvorlage des Stadtrates endgültig gutgeheissen und zu unterstützen. Es ging nicht ohne Kampf. 600 Franken Lohnabzug im Jahr ist für einen Arbeiterhaushalt eine mehr als ernste Sache, zumal wo niemand weiss, was der nächste Tag bringen wird, wo der politische Himmel wieder düsterer aussieht als seit langem und wo es Leichtsinn wäre, nicht eine neue Verteuerung der Lebenshaltung in Rechnung zu ziehen.

Auch sonst bietet der Gegenvorschlag ja gewiss Angriffspunkte genug. Der einheitliche Frankenabzug hätte vielleicht besser durch einen prozentualen Abzug ersetzt, der Abstand der Mindestlöhne von den Höchstlöhnen hätte verringert werden können und was der berechtigten oder doch diskutierbaren Einwendungen mehr sind. Es wäre darum ein Wunder gewesen, wenn der Antrag von Sektionsvorstand und Aktionskomitee auf Unterstützung des Gegenvorschlages keinen Widerspruch gefunden hätte. Opposition ist immer notwendig und so lange eine gesunde Erscheinung, als sie sich auf dem Boden der Sachlichkeit und des guten Willens bewegt. Dass es hieran in der Generalversammlung zuweilen fehlte, ist wahr, soll uns aber nicht abhalten, das gute Recht der Opponenten zur Vertretung eines entgegengesetzten Standpunktes anzuerkennen. Wir wollen kein Zerrbild einer Gewerkschaft, keine offiziellen Parolen, gegen die aufzumucken Sünde wider den heiligen Geist wäre, kein blindes Mitlaufen der Mitglieder hinter den Führern her, sondern denkende Mitarbeit und freimütige, wenn auch kameradschaftliche Kritik, wo diese für nötig befunden wird.

Trotzdem - diesmal konnte es nach der ganzen Lage der Dinge nichts anderes geben, als den Vorschlag auf Unterstützung des Gegenvorschlages zuzustimmen. Eine Ablehnung jeglichen Lohnabbaus oder auch nur ein selbständiges Vorgehen unseres Verbandes mit einem eigenen Gegenvorschlag hätte unserer Sache nicht gedient, hätte nur Wasser auf Krucks Mühle geleitet. Und diesen Triumph wollen wir den Herren denn doch nicht verschaffen. Sehen wir nicht, wie die Vorlage des Stadtrats und vollends die Begründung ganz und gar darauf angelegt sind, die Arbeiterschaft zu trennen, den Neid und die Missgunst der Privatarbeiter und -angestellten aufzustacheln und ihnen glaubhaft zu machen, ihr Interesse verlange, dass den Städtischen, denen es polizeiwidrig gut gehe, einmal gehörig zur Ader gelassen werde? Und wollen wir wirklich mithelfen, die schwer leidende Privatarbeiterschaft gegen uns einzunehmen, indem wir uns weigern, zu ihren Gunsten ein Opfer zu bringen, so bitter es uns auch ankommen mag? Der Lohnabbau auf Grund des Gegenvorschlages wird nach den Berechnungen des Stadtrats selbst rund 2,7 Millionen Franken Ersparnisse einbringen, davon 1,38 Millionen bei den besonderen Unternehmungen der Stadt. Sie sollen nach unserer Auffassung vor allen Dingen zur Ermässigung der Taxen und Gebühren verwendet werden, denn hier ist auch für die Arbeiterfamilie eine fühlbare Erleichterung möglich, während eine Herabsetzung des Steuerfusses in erster Linie dem grösseren Besitz und den oberen Einkommen zugute käme. Das wird der Privatarbeiter und -angestellte ohne weiteres verstehen, und erstrecht weiss er, dass ein Lohnabbau à la Kruck mit tödlicher Sicherheit neue Lohnreduktionen in Handel und Industrie nach sich ziehen würde. Es ist also sein eigener, wohlverstandener Vorteil, wenn er den Lohnabbau in dem vom Stadtrat gewollten Ausmass verhindern helfen kann und doch die Möglichkeit hat, einem Gegenvorschlag zuzustimmen, der ihn als Verbraucher von Gas, Wasser, Elektrizität usw. entlastet. Diesen Erwägungen Rechnung zu tragen, war einfach unsere Pflicht.

Und nun soll man uns nicht kommen und behaupten, wir hätten uns mit den „Gelben“ verbrüdet, die wir uns bisher immer vom Leibe gehalten hätten! Wenn diese Herren auch für den Gegenvorschlag sind, so können wir doch wahrlich nichts dafür. Wir haben uns niemals um sie irgendwie bemüht. Mögen sie ruhig ihre werten Persönlichkeiten weiterhin überschätzen, wie sie es bisher getan, und sich dort zudrängen, wo sie auch paradien wollen - uns lässt das wirklich kalt. Wir haben sie in der Vergangenheit als das gekennzeichnet, was sie sind, und werden es auch in Zukunft nicht anders halten, ob sie nun für einen Vorschlag sind, den wir für gut erachten, oder dagegen. Wes Geistes Kind die Herren Neutralen sind, das haben sie ja erst neuerdings wieder mit ihrer Eingabe an den Stadtrat bewiesen, die sie auch den bürgerlichen Mitgliedern des Grossen Stadtrats - nur diesen! - zugeschickt haben. Sie jammern darin über die Lohnabbauvorlage ihres sonst doch so vergötterten Kruck, die das städtische Personal nach links zu treiben geeignet sei (entsetzlich!), und winseln dem Stadtrat vor, er möge doch um Gottes willen der unsterblichen Verdienste der Neutralen um die Sanierung der städtischen Finanzen gedenken und jetzt ihnen nicht noch dafür Streiche mit der Rute versetzen. „Alle die durchgeführten Massnahmen, Verkürzung der Präsenzzeit, Personalreduktionen etc., wären nicht so reibungslos durchführbar gewesen, wenn dem Stadtrat nicht eine neutrale Strassenbahnerorganisation zur Seite gestanden wäre. Gewiss ist dies nicht allein unser Verdienst, auch die neutrale Organisation hätte versagt und versagen müssen, wenn nicht der starre Wille des Stadtrates vorhanden gewesen wäre.“ Ob wohl der Stadtrat selber von dieser allerdings unüberbietbaren Untertänigkeit nicht angewidert worden ist? Auf jeden Fall haben ihn die herrlichen Verdienste der Neutralen um die Sanierungsmassnahmen - von denen die Eingabe der

Neutralen nachher selber sagt, sie hätten „wesentlich dazu beigetragen, für das Fahrpersonal noch ungünstigere Arbeitsverhältnisse zu schaffen“ - alle diese Verdienste der Neutralen um eine Verschlechterung der Lage des Personals haben also den Stadtrat nicht von seinem rücksichtslosen Lohnabbauentwurf abgehalten. Ob wohl die den bürgerlichen Fraktionen des Grossen Stadtrats gegenüber ausgedrückte Hoffnung der Neutralen in Erfüllung geht, sie würden „in Würdigung der Verdienste unserer Organisation in den schweren Tagen des Landesstreiks unsere Bestrebungen, den Lohnabbau in erträglichere Bahnen zu leiten, unterstützen“?

Es wäre lächerlich, unsere Einigung mit den übrigen Personalverbänden auf einen gemeinsamen Gegenvorschlag als Rechtsschwenkung zu deuten. Was wir taten und was wir weiter mit aller Entschlossenheit anstreben, das ist, so weite Kreise der Gesamtbevölkerung als immer möglich auf einer einheitlichen Linie zu sammeln und so die Kruckvorlage zu Fall zu bringen. Zusammenfassung aller Kräfte zum Kampf gegen eine katastrophale Verschlechterung der Lebenshaltung des städtischen Personals - darauf kommt es in dieser Stunde vor allen Dingen an. Zusammenfassung aber auch aller Gruppen und Meinungen in unseren eigenen Reihen. Darum keine Befehdungen und taktischen Streitereien bei uns selber, nachdem die Generalversammlung nach ausgiebiger Erörterung des Für und Wider mit erdrückendem Mehr ihren Willen kundgetan hat. Die Lage ist nun geklärt. Den Gegner kennen wir. Wir kennen auch unseren natürlichen Bundesgenossen, die Arbeiterschaft der privaten Betriebe, die mit uns die gleichen Klasseninteressen hat. Wir wollen aber auch darüber hinaus möglichst viele Freunde unserer Sache werben und dürfen sie nicht von vornherein durch falsch verstandenen Radikalismus abstossen. Denn wer nicht wider uns ist, der ist für uns. Auf diesem Boden wollen wir den Kampf ausfechten. Das Recht unserer Sache wird uns zum Sieg führen.

H.K.

Der Gemeinde- und Staatsarbeiter. 1923-03-02.

Gemeinde- und Staatsarbeiter Zürich > Lohnabbau. Abstimmung. 1923-03-02.doc.